

Pascal Beucker
Anja Krüger

DIE VERLOGENE POLITIK

Macht um jeden Preis

KNAUR TASCHENBUCH VERLAG

Besuchen Sie uns im Internet:
www.knaur.de



Originalausgabe Oktober 2010

Knaur Taschenbuch.

Copyright © 2010 by Knaur Taschenbuch.

Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt

Th. Knaur Nachf. GmbH & Co. KG, München.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise –
nur mit Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Redaktion: Ruth Gelfert

Umschlaggestaltung: ZERO Werbeagentur, München

Umschlagabbildung: FinePic®, München

Satz: Adobe InDesign im Verlag

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-426-78345-0

2 4 5 3 1

Inhalt

Vorwort: Niemand beabsichtigt, eine Mauer zu errichten	9
Kapitel 1: Im Dickicht zwischen Lüge und Wahrheit	13
<i>Warum Wahrhaftigkeit nicht zu den politischen Tugenden gehört</i>	
Es gilt das gebrochene Wort 14 / Selten: Aufstand gegen Lügner 17 / Nichts für Warmduscher und Weicheier 18 / Die Kunst des Dementis 20 / Falsche Ankündigungen 21 / Die Anti-Wortbruch-Intriganten 24 / Von »Lügilanti« zu »Kraftilanti« 28 / Dunkle Flecken 30 / Das taktische Verhältnis zur Wahrheit 33	
Exkurs: Das unschöne K-Wort	35
<i>Wie die deutsche Politik ihren Frieden mit dem Krieg gemacht hat</i>	
Kerngeschäft Töten 36 / Der Fall Kunduz 37 / Dabei sein ist alles 39 / Grundgesetzliche Dehnübungen 41	
Kapitel 2: Die Lüge von der Sachentscheidung	46
<i>Das Märchen von der Unabhängigkeit der Politiker</i>	
Die Strippenzieher 47 / Der ungleiche Kampf Umwelt- versus Energie-lobby 49 / Vom Hinterzimmer ins Ministerbüro 53 / Ein Drehbuch für die Atomlobby 56 / Beharrlich pro Kernkraft 59 / Lobbyisten auf dem Kunstrasen 61 / Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 64 / APO des Kapitals 66 / Pflegeversicherung teilprivatisiert 70	
Kapitel 3: Die Riester-Renten-Lüge	72
<i>Wie Politiker die Altersvorsorge zur Mogelpackung machen</i>	
Förderung für Versicherungsvertreter 74 / Bismarcks Sozialreformen als Waffe 77 / Die Geburt des Eckrentners 78 / »Walter fürs Alter« 81 / Etikettenschwindel Betriebsrente 82 / Der Haken bei der privaten Altersvorsorge 84	

Kapitel 4: Die Arbeitsmarkt-Lüge 89

Der schlechte Witz vom »Fördern und Fordern« bei Hartz IV

Die Hartz-Kommission 91 / Fördern als Alibi 93 / Von der Vollbeschäftigung zur Massenarbeitslosigkeit 96 / Die berühmte Hängematte 98 / Arbeiten zu Dumpinglöhnen 100 / Verfassungswidrige Rechentricks 102 / Westerwelles Philippika 105 / Verachten statt mitfühlen 108 / Zu wenig Jobs 110 / Gewinner und Verlierer 112

Kapitel 5: Die Steuerlügen 115

Warum die Mittelschicht immer kleiner wird

Lüge mit Ansage 117 / Mehr verdienen, weniger zahlen 121 / Deutschland heizt den Steuerwettbewerb an 123 / Die attraktive Mittelschicht 126 / Die schrumpfende Mitte 128 / Mister Mittelstand Brüderle 130 / Mächtige Großkonzerne 132

Kapitel 6: Die Bildungslüge 134

Warum der akademische Adel gerne unter sich bleibt

Herr Dr. Politiker 135 / Die soziale Ausgrenzung 140 / Von der Bildungseuphorie zur Ernüchterung 144 / Verlierer geben sich selbst die Schuld 145 / Der verlorene Mut zur Veränderung 146 / Reformplacebos 148 / Gesamtschule – warum nicht? 150

Kapitel 7: Die Gesundheitslüge 152

Warum es nicht stimmt, dass Patienten in Deutschland alles bekommen, was sie medizinisch brauchen

Das furchtbare Wort »Rationierung« 154 / Gefühlte Zwei-Klassen-Medizin 156 / Gesundheit rückt ins Zentrum der Politik 158 / Politik individualisiert Krankheitsrisiko 161 / Versicherungsstatus: der kleine Unterschied 163 / Politik stiehlt sich aus der Verantwortung 167 / Die Belastung der Versicherten steigt 169 / Millionen neuer Fürsorgeempfänger 171

Kapitel 8: Die Lüge, dass sich gute Politikerinnen stets gegen schlechte Politiker durchsetzen	173
<i>Warum Frauen immer noch das Nachsehen haben, obwohl eine Frau Bundeskanzlerin ist</i>	
Frauen in die Aufsichtsräte 176 / Angetäushtes Gleichstellungsgesetz 178 / Grüne Frauen gegen alte Kameraden 182 / Die erste 50-Prozent-Quote 183 / Die SPD zieht nach 185 / Die CDU führt das »Quorum« ein 186 / Die FDP: fast frauenfrei 187 / Die Schnecke auf dem Glatteis 191 / Die gläserne Decke 192	
Kapitel 9: Die Integrationslüge	196
<i>Wie Politiker dafür sorgen, dass Migranten und ihre Nachkommen für ihre Ausgrenzung selbst verantwortlich gemacht werden</i>	
Zirkus Sarrazin 197 / Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft 199 / Fehlender Rückfahrchein 201 / Die Anwerbung 205 / Der Mann mit dem Moped 206 / Das Kühn-Memorandum 210 / Die Feinde der Fremden 212 / Der Lehrer und die Putzfrau 214 / Trotz alledem 216 / Die Realitätsverweigerung der Union 217 / Sozialdemokratische Altlasten 220	
Kapitel 10: Die Lüge von der sauberen Parteienfinanzierung	223
<i>Wie Geld Politikern hilft, ihre Macht zu sichern</i>	
Der schwarze Kanzler mit den schwarzen Kassen 225 / Der wiederholte Amtsmeineid 228 / Der Alte aus Rhöndorf und sein Privatbankier 231 / Industrielle im Kalten Krieg 233 / CDU-Regierung um jeden Preis 235 / Geldregen nach Gutdünken 240 / Kampf gegen Willy Brandt 242 / Die Flicksche Landschaftspflege 244 / Das illegale Spendensystem fliegt auf 246 / Helmut Kohls Gedächtnislücken 250	
Exkurs: Möllemann – eine liberale Karriere	259
<i>Ein Fallbeispiel für das skrupellose Streben nach politischer Macht</i>	
Rasanter Aufstieg 254 / Möllemanns Millionen 257 / Hauptsache, die Kasse stimmt 260	

Kapitel 11: Die Lüge von der uneigennützigem Politik	263
<i>Wie Politiker ihre Macht von gestern heute zu Markte tragen</i>	
Durch die Drehtür 264 / Cash für Schröder und Fischer 267 / Moneten für Minister a. D. 268 / Der Fall Clement 271 / Die schwarz-roten Mietlobby- isten 272 / Der »gläserne« Abgeordnete 275 / Erst der Skandal, dann die Transparenz 277 / Blick über den Tellerrand 279	
 Anmerkungen	 283
 Literatur	 299

Vorwort

NIEMAND BEABSICHTIGT, EINE MAUER ZU ERRICHTEN

In der Nähe des Märkischen Museums in Berlin begegnen Passanten einer der bekanntesten Lügen der deutschen Geschichte, ja vielleicht der Weltgeschichte. In der Mitte der deutschen Hauptstadt erinnern Steinsäulen an historische Ereignisse. Per Knopfdruck können Interessierte Tondokumente abrufen, darunter Ausschnitte aus der berühmten Pressekonferenz vom 15. Juni 1961 in Ostberlin. Auf die Frage der Journalistin Annamarie Doherr von der *Frankfurter Rundschau* zu Plänen, die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland mit einer Mauer zu sichern, antwortet der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht mit dem legendären Satz: »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.« Zwei Monate nach seiner Zusicherung begann die DDR am 13. August 1961 mit dem Bau der Mauer.

Dass in der »kommoden Diktatur«, wie Günter Grass die DDR genannt hat, gelogen wurde, gehörte quasi zur Staatsräson. Bewusst die Unwahrheit zu sagen ist allerdings kein Alleinstellungsmerkmal von Politikern autoritärer Staaten. Auch in Demokratien wie der Bundesrepublik gehörte und gehört die Lüge stets zum Repertoire der politischen Akteure. »Niemand hat je bezweifelt, dass es um die Wahrheit in der Politik schlecht bestellt ist, niemand hat je die Wahrfähigkeit zu den politischen Tugenden gerechnet«, konstatierte 1967 die Philosophin Hannah Arendt, eine der scharfsinnigsten politischen Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts. Sie zog den beunruhigenden Schluss: »Lügen scheint zum Handwerk nicht nur des Demagogen, sondern auch des Politikers und sogar des Staatsmannes zu gehören.«¹ Arendts Feststellung hat bis heute nichts von ihrer beklemmenden Aktualität verloren.

Aber Vorsicht! Es gehört mittlerweile zu den Gepflogenheiten der Parteien, sich gegenseitig der Lüge zu bezichtigen. Das gilt als legitimes Mittel im Meinungskampf. Die Folge ist eine fatale Desensibilisierung. Im Dickicht der Beschuldigungen lässt sich die Wahrheit nur noch schwer identifizieren. Sie wird zur Glaubensfrage und verliert an Relevanz. Lässt sich nicht mehr unterscheiden, wer lügt und wer nicht, bleibt nur noch die persönliche Präferenz zur Beurteilung. Und wer der Überzeugung ist, von Politikern ohnehin nur belogen zu werden, für den ist Aufrichtigkeit auch kein Kriterium mehr für seine Wahlentscheidung – wenn er denn überhaupt noch wählen geht. Er beginnt abzustumpfen und sich abzufinden. Politik ist halt ein schmutziges Geschäft. Doch was ist die Konsequenz aus diesem Fatalismus? »Wer gegen Politik ist, ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird«, schlussfolgerte Bertolt Brecht.

Eine Diktatur kann Kritik nicht dulden, es sei denn, sie richtet sich gegen ihre Kritiker. Einer der großen Vorteile eines demokratischen Staates ist die Möglichkeit zur Kritik an den herrschenden Verhältnissen. Aber was nützt dieser Vorteil, wenn er nicht wahrgenommen wird? Was hilft Kritik, wenn sie nicht gehört werden will? Allein dass Konrad Adenauer und Helmut Kohl bis heute in der Bundesrepublik als große Staatsmänner gelten, zeigt, welchen geringen Stellenwert die Wahrhaftigkeit eines Politikers für seine Bewertung hat. Der Zweck heiligt die Mittel, allzu oft rehabilitiert er den Lügner. Genau an diesem Punkt beginnen die Grenzen zu verschwimmen. Wer legt fest, welcher Zweck auch die Anwendung eigentlich illegitimer oder gar eindeutig illegaler Mittel rechtfertigt? Wer tatsächlich meint, der Zweck heilige die Mittel, dem gehen schnell die Maßstäbe verloren – die für Menschlichkeit und Würde ebenso wie die für Rechtsstaatlichkeit und ethisches Wirtschaften.

Die Lüge hat viele Gesichter. Sie kommt als Etikettenschwindel daher, als Halbwahrheit, als bewusstes Verschweigen, als gebrochenes Versprechen oder als grobe, betrügerische Täuschung. Wer sie einsetzt, verfolgt immer eine Absicht – eine schlechte und bisweilen auch eine gute. Niemand lügt einfach so. Wer versehentlich nicht die

Wahrheit sagt, der lügt nicht, der irrt. Auch das kommt vor im politischen Geschäft, recht häufig sogar. Der echte Lügner hat eine klare Vorstellung von seinem Tun und ein klares Ziel. Er will sich oder anderen einen Vorteil verschaffen, womöglich sich oder andere vor einem Schaden bewahren. »Was ist besser, von einem bösen Gewissen genagt zu werden oder ganz beruhigt am Galgen zu hängen?«, fragt der Philosoph Georg Christoph Lichtenberg. Es gibt Lügen in guter und Lügen in böser Absicht. Im Leben von Millionen von Menschen ist das Motiv für eine Lüge oft zugleich die Rechtfertigung oder zumindest die Entschuldigung. Darf man einen Sterbenden über seine Lage im Unklaren lassen, um ihm das noch verbleibende Leben leichter zu machen? Darüber lässt sich kontrovers diskutieren, aber den verschiedenen Standpunkten die ethische Redlichkeit absprechen kann man nicht. Notlügen gehören zum Alltag der Menschen. »Lügen sind erwartbar und unvermeidlich«, weiß der Soziologe Robert Hettlage. »Wer nach der Wahrheit – und nur nach der Wahrheit – lebt, wird sozial inkompetent.«²

Im politischen Feld sieht die Sache allerdings etwas anders aus. Hier geht es immer um widerstreitende politische und wirtschaftliche Interessen. Der Staat ist eben nicht Freund, Betreuer oder Vater der Bürger, er darf auch in Ausnahme- und Notfällen nicht über ihren Kopf bestimmen, was gut und richtig ist. Der Bürger gibt mit der Wahl keine Patientenverfügung ab. Politiker haben eine besondere Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit. Auch die gute Absicht kann für sie keine Rechtfertigung zur Lüge sein.

Abgeordnete, Staatssekretäre und Minister sind Meister der bürokratischen Sprache und gleichzeitig ausgesprochen kreativ. Sie entwickeln bizarre Begriffe wie »Umweltprämie« für Zuschüsse zu neuen Autos oder »Eigenverantwortung« für höhere finanzielle Eigenleistungen der Bürger. Sie bezeichnen getötete Zivilisten als »Kollateralschäden« und Bomben als »Wirkmittel«. Arbeitslose werden umdefiniert zu Kunden der Arbeitsagentur, Reform meint nicht mehr die Verbesserung von Lebenswirklichkeit, sondern die Androhung von Kürzungen. Begriffskosmetik dieser Art ist für

Politiker ein geeignetes Instrument, Wählern unpopuläre Entscheidungen zu verkaufen, um an die Macht zu kommen oder sie zu behalten. Ob scheinbar harmlose Schummelei oder gezielte Täuschung – Politiker sollten damit nicht durchkommen.

Köln, Sommer 2010

Pascal Beucker, Anja Krüger

Kapitel 1

IM DICKICHT ZWISCHEN LÜGE UND WAHRHEIT

*Warum Wahrhaftigkeit
nicht zu den politischen Tugenden gehört*

Politiker einer Lüge zu überführen, das ist eigentlich fast die einzige Möglichkeit, sie rasch und endgültig loszuwerden«, formulierte der im Juni 2009 verstorbene liberale Vordenker Ralf Dahrendorf.³ Aber das ist leichter gesagt als getan. Eine geschickte Lüge ist nicht so einfach zu entlarven, eine dreiste bisweilen ebenso wenig. Und wem wird geglaubt: dem Aufklärer oder dem Lügner? Über den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi sagt der amerikanische Wissenschaftler und Journalist Alexander Stille, er habe das Lügen zum Prinzip erhoben. »Ich bin noch nie jemandem begegnet, der in so kurzer Zeit so viel gelogen hat«, berichtet Stille.⁴ Der Autor von »Citizen Berlusconi«, einer vielgelobten Biographie über den umstrittenen italienischen Politiker und Medienmogul, erzählt von seinem Besuch einer politischen Kundgebung, auf der Berlusconi seinen Anhängern erklärte: Wenn man eine Lüge oft genug wiederhole, werde sie irgendwann zur Wahrheit. »Das ist ein ziemlich gruseliges Credo, und er verfährt danach.« Das Bemerkenswerte an Berlusconis Lügen sei, »mit welcher Überzeugung er sie vorträgt«, so der Professor für Journalismus an der Columbia University. »Das ist ein starkes Machtinstrument.« Es ist in Deutschland beliebt, mit einer Mischung aus Amüsement und Fassungslosigkeit auf Italien zu blicken. Undenkbar scheint »in diesem unseren Land« (Helmut Kohl), jemanden wie Berlusconi zum Bundeskanzler zu wählen. Aber täuschen wir uns nicht: Die Gefahr ist größer, als mancher zu glauben bereit ist.

Von Berlusconi stammt der Ausspruch: »Es ist richtig, dass alle vor dem Gesetz gleich sind. Aber ich bin gleicher, weil mich die Mehrheit des Volkes gewählt hat.« Handelte Helmut Kohl während seiner Kanzlerschaft nicht exakt nach der gleichen Maxime, als er sich mit seiner illegalen Spendenakquise zugunsten der CDU – falls es sich überhaupt um Spenden handelte – ganz bewusst über das Grundgesetz hinwegsetzte, auf das er geschworen hatte? Als das Bonner Landgericht im Februar 2001 seine Zustimmung zur Einstellung der Ermittlungen gegen den Bundeskanzler a. D. gab, begründeten die Richter ihre Entscheidung nicht nur mit dem angeblichen Fehlen eines öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung, sondern auch mit den besonderen Verdiensten Kohls: Gewürdigt werden müsse »ein über 50 Jahre währendes Engagement für die staatliche Gemeinschaft« ebenso wie »seine unbestrittenen Verdienste um die Schaffung einer europäischen Friedenszone im allgemeinen, um die Aussöhnung mit den Nachbarn Deutschlands und um die deutsche Einheit im besonderen«. Außerdem hebe die Staatsanwaltschaft zu Recht hervor, »dass die persönlich herabwürdigenden Angriffe in der Medienberichterstattung mildernd berücksichtigt werden müssten«, heißt es in dem Beschluss des Landgerichts.⁵ Ein Ladendieb kann nicht darauf bauen, dass ein Richter ihm seine politischen Verdienste strafmildernd zugutehält. Kann ein des Sozialbetrugs beschuldigter Hartz-IV-Empfänger hoffen, dass ihn persönlich herabwürdigende Berichte in den Medien vor Gericht zu seinen Gunsten gewertet werden? Manche sind eben gleicher.

Es gilt das gebrochene Wort

Ob Politiker heute ein distanzierteres oder engeres Verhältnis zur Wahrheit haben als früher – das wird niemand mehr nachvollziehen können. Denn dass Betrugsmanöver in der Vergangenheit nicht bekannt wurden, heißt nicht, dass es sie nicht gab. Die Führungstechniken von Konrad Adenauer würde man heutzutage in feierlichen

Akademieansprachen über die politische Kultur in der Zivilgesellschaft eher nicht lobend hervorheben, stellt der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter fest. »Ein Musterdemokrat war Adenauer gewiss nicht. Um seine Partei gefügig zu machen, griff er oft zum Mittel der Dramatisierung phantasievoll ausgedachter Gefahren. Er log die Parteigremien kalt an, wenn es ihm opportun erschien – und das war keineswegs selten der Fall«, stellt Walter fest. »Er benutzte Informationen aus klandestinen Dossiers und Geld aus verdeckten Kassen.«⁶

Auch mit dem politischen Gegner ging Adenauer nicht zimperlich um. Auf dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes 1953 behauptete er öffentlich, SPD-Politiker würden sich von der DDR bezahlen lassen. Zwei nordrhein-westfälische Genossen hätten »je 10 000 DM West aus der Sowjetzone erhalten«. Das Geld stamme aus einem Fonds der SED für Wahlkampfzwecke. Einen Beweis blieb Adenauer schuldig. Aber er beharrte auf seinen Anschuldigungen – bis zum Wahltag. Anfang 1954 ließ der wiedergewählte Kanzler das Bonner Landgericht lapidar wissen, seine Informationen seien leider falsch gewesen: »Ich nehme deshalb mit dem Ausdruck des Bedauerns meine Behauptung zurück«, teilte Adenauer in einer Erklärung mit. Damit war der Fall für ihn juristisch erledigt. »Ein Journalist, der die gleiche Behauptung verbreitet hätte, wäre nach § 187 a StGB wegen »politischer übler Nachrede« mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft worden«, kommentierte der *Spiegel*.⁷ Nur wenige Wochen nach seinem schriftlichen Bedauern der Wahlkampflüge spotete Adenauer im Bundestag in Richtung der zutiefst empörten Sozialdemokraten: »Wenn Sie dieses Auftreten und Reden einige Millionen Stimmen gekostet hat, dann bin ich sehr froh darüber.« Nicht hinter jeder Unwahrheit verbirgt sich unbedingt ein Lügenmanöver. Manchmal liegt die Wahrheit verschollen im Bermudadreieck zwischen Irrtum, Irrsinn und Irreführung. Die deutsche Einheit begann mit den legendären »blühenden Landschaften« Helmut Kohls. Im Buhlen um die Gunst der Wähler versprach der damalige Bundeskanzler vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl

1990: »Für die Menschen in der Bundesrepublik gilt: Keiner wird wegen der Vereinigung Deutschlands auf etwas verzichten müssen. Es geht allenfalls darum, Teile dessen, was wir in den kommenden Jahren zusätzlich erwirtschaften, unseren Landsleuten in der DDR zur Verfügung zu stellen – als Hilfe zur Selbsthilfe.«⁸ Ob Kohl selbst an seine eigenen Worte geglaubt hat? Eigentlich kaum möglich. Falls er seinerzeit die Bevölkerung bewusst getäuscht haben sollte, so hat er es nie zugegeben. Auf jeden Fall verschafften ihm seine vollmundigen Versprechungen den entscheidenden Vorteil gegenüber seinem sozialdemokratischen Herausforderer Oskar Lafontaine. Nur allzu gerne wollten die Wähler den realitätsfernen Verheißungen Kohls glauben, statt auf die Warnungen Lafontaines zu hören. Dessen Hinweise auf die mit dem Vereinigungsprozess verbundenen großen ökonomischen und sozialen Probleme taten sie lieber als das Lamentieren eines miesepetrigen Wiedervereinigungsmuffels ab. Dabei hätte jeder wissen können, wie es um die von Kohl versprochenen »blühenden Landschaften« bestellt sein würde. »Das dicke Ende kommt«, sagte der *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein kurz vor der Bundestagswahl voraus: »Es gilt das gebrochene Wort.«⁹

Wollen die Wähler belogen werden? Nein, das wollen sie ganz und gar nicht. Sie erhoffen sich von Politikern die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, zumindest jedoch, dass sie nicht zu ihrer Verschlechterung beitragen. Dabei klammern sich die Wähler bisweilen an Illusionen und beleuchten ein Versprechen nicht in dem Maße, wie es angemessen wäre. Politiker machen sich diesen Mechanismus gezielt zunutze. »Was eine Regierung tut, wenn sie einmal gewählt ist, hat häufig mit ihren Ankündigungen im Wahlkampf wenig zu tun.« Wahlkampf dient vor allem der Volksverdummung, davon ist der Autor Thomas Wiczorek überzeugt.¹⁰ Sachthemen werden vor allem in plattester Kampagnenform behandelt. »Versprechen wie 1990 Helmut Kohls ›blühende Landschaften‹ im Osten oder 1998 Gerhard Schröders ›am Abbau der Arbeitslosigkeit wollen wir uns messen lassen‹ sind nur Spitzen eines gigantischen Wählerver-

blödungsseisberges.« Die Parteien haben mit solchen falschen Wahlkampfversprechen dafür gesorgt, dass die Wähler ihnen kaum noch Glauben schenken.

Selten: Aufstand gegen Lügner

Gefährlich wird es für Politiker, wenn die Wähler allzu brutal darauf gestoßen werden, dass die gegebenen Versprechungen bewusste Irreführungen waren. Diese Erfahrung musste der ungarische Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány machen. Im Herbst 2006 zogen in Ungarn empörte Bürger wochenlang protestierend durch die Straßen und lieferten sich sogar Straßenschlachten mit den Ordnungskräften, nachdem der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Gyurcsány vor Parteifreunden eingeräumt hatte, die Bevölkerung belogen zu haben. Bei den Parlamentswahlen im April 2006 war die von ihm geführte sozial-liberale Koalition als erste ungarische Regierung überhaupt nach der Wende von 1989 im Amt bestätigt worden. Kurz darauf hielt Gyurcsány auf einer internen Sitzung seine berüchtigte »Lügenrede«¹¹. »In Europa hat kein Land so einen Unfug getrieben wie wir«, startete er seine Philippika. »Wir haben offensichtlich in den vergangenen anderthalb bis zwei Jahren von Anfang bis Ende gelogen. Es war vollkommen klar, dass das, was wir sagten, nicht die Wahrheit war.« Er sei »fast daran verreckt, anderthalb Jahre lang so tun zu müssen, als ob wir regiert hätten. Stattdessen logen wir morgens, nachts und abends.« Jetzt sei der Augenblick der Wahrheit gekommen.

Mit seiner »Blut-Schweiß-und-Tränen«-Rede wollte der Premier seine Partei, die sozialdemokratische MSZP, auf einen radikalen Kurswechsel einschwören. Vergleichbar mit Gerhard Schröder und dessen »Reformpolitik« in der zweiten Legislaturperiode setzte Gyurcsány nach der Wahl zwecks Haushaltskonsolidierung auf den Abbau des Sozialstaats. Vor den Parlamentswahlen hatte er noch alle, die ihm vorwarfen, genau das zu planen, öffentlich der Lüge

bezüglich und zur Rücknahme ihrer Behauptungen aufgefordert. »Schließlich sollte man nicht mit Lügen an die Macht kommen wollen«, attackierte er noch kurz vor dem Urnengang in einer Fernsehdebatte seinen rechtskonservativen Herausforderer Viktor Orbán. Das Bekanntwerden von Gyurcsánys »Blut-Schweiß-und-Tränen«-Rede im September 2006 löste die bisher schwersten Unruhen im postkommunistischen Ungarn aus. Bis heute ist ungeklärt, wie der Ton-Mitschnitt der Ansprache an die Öffentlichkeit gelangte. Einen Rücktritt lehnte Gyurcsány trotz der Proteste ab. Bis April 2009 blieb er im Amt. Die Konsequenzen für seine Partei allerdings sind ähnlich wie die Folgen von Gerhard Schröders Politik für die SPD: 2002 war die MSZP mit einem Wahlergebnis von 42 Prozent an die Regierung gekommen, bei der Parlamentswahl im April 2010 reichte es für die ungarischen Sozialdemokraten nur noch für einen Stimmenanteil von 19,3 Prozent.

Nichts für Warmduscher und Weicheier

Manche Vorhaben und rhetorischen Feldzüge sind von Anfang an als Betrugsmanöver angelegt. Dann gebrauchen Politiker die Lüge, wie sie klassisch nach der Definition des Theologen Augustinus aus dem 5. Jahrhundert verstanden wird: die Lüge als eine unwahre, mit dem Willen zur Täuschung vorgebrachte Aussage. Setzen Politiker dieses Mittel ein, wollen sie meistens etwas kaschieren – das eigene Versagen, eine unmoralische Handlung, ein nicht erlaubtes Geschäft unter Freunden, eine Parteispende zweifelhafter Herkunft. Ab und zu hat der Aufbau einer Lügengeschichte ein juristisches Nachspiel.

Die ans Licht gekommene Lüge im Sinne des Augustinus ist für Politiker eine schwere Bürde, auch wenn sie nicht im juristischen Sinne kriminell gehandelt haben. Die Öffentlichkeit hat ein gespaltenes Verhältnis zu ertappten Politikern. Für die einen hat die Entdeckung keinerlei Konsequenzen. Andere werden so lange gejagt,

bis sie ihre Karriere aufgeben. Offensichtlich gibt es Umstände, unter denen Öffentlichkeit und Wähler nachweislich unwahre Behauptungen und das Verschweigen wichtiger Informationen verzeihen. Immer wieder kommen Politiker erstaunlich gut durch schwierige Affären. Andere nicht.

Dem SPD-Vorsitzenden Björn Engholm wurde zum Verhängnis, dass er vor einem Untersuchungsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags 1987 behauptet hatte, er habe erst am Wahltag, dem 13. September, von den durch den damaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel (CDU) veranlassten Bespitzelungen erfahren – tatsächlich wusste er es bereits eine Woche früher. Obwohl die Affäre Jahre zurücklag und unbestritten Engholm das Opfer war, trat er 1993 als Vorsitzender der SPD, als deren Kanzlerkandidat und als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident zurück, nachdem seine falsche Aussage bekannt geworden war. Barschel hatte mit einer ganzen Reihe unmoralischer und illegaler Mittel Engholm im Wahlkampf zu schaden versucht. Berichte darüber kurz vor und nach der Wahl bestritt er vehement. Schließlich nahm er sich das Leben. Diese Affäre und Barschels Lügen stehen unter einem kriminellen Vorzeichen. Sie sind natürlich politisch, aber nicht typisch für den politischen Betrieb in der Bundesrepublik. Engholm, das Opfer der kriminellen Machenschaften, hält den eigenen Rückzug nach der Entdeckung seiner Lüge noch immer für richtig. »Dass ich da mit reingerutscht bin wegen einer in der Sache nicht bedeutenden, aber vom Verfahren her bedeutenden Unwahrheit, ist scheiße«, sagte er im Sommer 2009 im Interview mit der Berliner Tageszeitung *taz*. Auf die Frage, ob ein Politiker wegen derselben Lüge auch heute zurücktreten müsste, antwortet er: »Müsste, aber kein Mensch tritt zurück. Für mich war das wichtig. Eine Befriedung. Mein halbwegs ordentliches Ansehen hängt damit zusammen.«¹²